

Antrag 136/I/2026
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Förderprogramm zur Einführung von Abbiegeassistenzsystemen für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen in Berlin

1 Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Abgeordne-
2 tenhaus Berlin werden aufgefordert, eine Regelung zu er-
3 arbeiten, nach der für alle in Berlin zugelassenen Fahrzeu-
4 ge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 Ton-
5 nen Förderprogramme für Abbiegeassistenzsysteme und
6 deren Nachrüstungen ausgeweitet und verstärkt bewor-
7 ben werden, um den betroffenen Unternehmen den Um-
8 rüstprozess zu erleichtern.

9

10 **Begründung**

11 Schwere Lkw stellen beim Abbiegen im Stadtverkehr ein
12 erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Immer wieder kommt es
13 zu schweren oder gar tödlichen Unfällen, insbesondere
14 wenn Radfahrende oder zu Fuß Gehende sich im toten
15 Winkel der Fahrzeuge befinden. Trotz vorhandener tech-
16 nischer Möglichkeiten ist die Ausstattung mit Abbiegeas-
17 sistenzsystemen bisher nicht flächendeckend umgesetzt.
18 Ein verpflichtender Einbau solcher Systeme für Fahrzeu-
19 ge über 3,5 Tonnen in Berlin ist ein wichtiger Schritt, um
20 die Vision Zero – also das Ziel, keine Verkehrstoten mehr
21 im Stadtgebiet zu verzeichnen – zu erreichen. Ziel ist es,
22 die Verkehrssicherheit, insbesondere für Fußgängerinnen
23 und Fußgänger sowie Radfahrende, deutlich zu erhöhen.
24 Abbiegeassistenzsysteme können zuverlässig erkennen,
25 wenn sich Personen im toten Winkel befinden, und die
26 Fahrerin oder den Fahrer rechtzeitig warnen. Studien zei-
27 gen, dass bis zu 60 % der schweren Abbiegeunfälle mit sol-
28 chen Systemen hätten verhindert oder deutlich abgemil-
29 dert werden können.

30 Berlin hat als Metropole mit dichtem Verkehr, vielen Rad-
31 fahrenden und starkem Lieferverkehr eine besondere Ver-
32 antwortung, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine
33 verpflichtende Einführung kann nicht nur Leben retten,
34 sondern auch ein starkes Signal an andere Städte und an
35 den Bund senden.

36

37

38 Darüber hinaus trägt die Maßnahme zur Entlastung von
39 Fahrer*innen bei, die in stressigen Verkehrssituationen
40 durch technische Unterstützung spürbar entlastet wer-
41 den.

42 Die Kombination aus Pflichtausstattung, gezielten För-
43 derprogrammen und verstärkter Aufklärungskampagne
44 stellt sicher, dass die Einführung sowohl sozialverträglich
45 als auch effektiv umgesetzt werden kann.